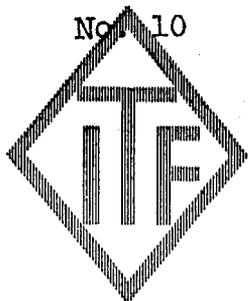




FASCHISMUS

Amsterdam, den 17. November 1934.

No. 10



Faschismus bedroht den Frieden. (ITF) Faschismus und
===== Reaktion versuchen
beide, durch Entmachtung der Arbeitenden die erschütternde
Herrschaft des Grossbesitzes wieder zu festigen. Die
Reaktion führt ihren Kampf in offener Frontstellung gegen
die Arbeitenden; die faschistischen Bewegungen versuchen,
durch sozialradikale Versprechungen einen Teil der Arbei-
tenden als Gefolgschaft zu gewinnen und als Stütze des
Grossbesitzes zu verwenden.

Aber die faschistische Praxis nach der Errichtung der Diktatur
enthüllt sich stets als offene Hilfsstellung für den Grossbesitz.
Die Versprechungen werden in den Wind geschlagen, die Diktatur kann
deshalb einer Massenflucht ihrer Anhänger nur dadurch vorbeugen, dass
sie jede politische Äusserung unterdrückt und die Massen vom eigent-
lichen Geschehen ablenkt. Für die wachsende Not werden einzelne
Personen verantwortlich gemacht, denn "es ist besser, dass die Volks-
wut sich einmal gegen ein einzelnes Individuum richtet als gegen die
staatliche Ordnung". ("Der Angriff", gegründet vom Reichspropaganda-
minister Dr. Goebbels, 3. November 1934). Wenn die Massen sich über
die Preissteigerungen erregen, wird nicht die Hungerpolitik der Dik-
tatur geändert, sondern einzelne Kleinhändler werden ins Konzentra-
tionslager gebracht. Wenn die Empörung gegen die Unternehmerwillkür
steigt, wird ein dem Regime missliebiger Unternehmer als Sündenbock
herausgegriffen, er wird "abgesetzt" und leitet den Betrieb durch ei-
nen faschistischen Generaldirektor weiter. Das System bleibt.

Doch diese Ventile lassen sich nicht beliebig lange benutzen.
Die Grundlage der faschistischen Demagogie ist die Behauptung, der
Klassengegensatz sei durch die Volksgemeinschaft zu überwinden. Tag-
täglich aber spüren die Arbeitenden die Auswirkung des von der
Staatsmacht unterstützten Klassenkampfes des Grossbesitzes gegen die
Arbeiter, und die Gefahr besteht, dass die Ventile versagen, dass die
Volkswut sich doch einmal gegen das System wendet. Der Faschismus
betont deshalb die nationale Schicksalsgemeinschaft, die durch das
"feindliche Ausland" bedroht sei. Der italienische Faschismus spricht
von Italien als "der grossen Proletarierin", die von den kapitalisti-
schen Westmächten ausgebeutet werde. Das nationalsozialistische

2.)

Deutschland erklärt, von waffenstarrten Feinden" umgeben zu sein. Arbeiter und Unternehmer sollen sich im Nationalhass finden. Die **Kriegspsychose** soll das ganze Volk erfassen, sie soll den gefährlich gewordenen Sozialradikalismus der faschistischen Sozialreaktion ersetzen. Schon die Kinder werden zu Soldaten eines kommenden Krieges erzogen, die Arbeiter als "Soldaten des Betriebs" behandelt. Gleichzeitig zwingt die Ausweglosigkeit faschistischer Wirtschaftspolitik zu immer stärkerer Beschäftigung Erwerbsloser in unproduktiven Massnahmen, die der Kriegsvorbereitung dienen. Die Rüstungsindustrie nutzt die Lage, militärische Gruppen lassen sich von der Kriegspsychose tragen. Die von faschistischen Diktaturen in Kriegstaumel gehetzten Völker sind zu einer ständigen Bedrohung des europäischen Friedens geworden.

Braune Korruption an der Saar. (ITF) Der zu den nationalsozialistischen Arbeiterfeinden überge-
laufene Geschäftsführer des (noch nicht gleichgeschalteten) christlichen Metallarbeiterverbandes in Saarbrücken wurde wegen Verdachts der Unterschlagung verhaftet. Der aufrechte Nationalsozialist hatte einen Teil des Geldes der von ihm verwalteten Sterbekasse der christlich organisierten Metallarbeiter an gute Freunde "ausgeliehen", den Rest und den grössten Teil der Kassenbelege "nach ausserhalb" geschafft. Die Staatsanwaltschaft nimmt, wie die Saarpresse berichtet, an, dass diese Unterschlagung der Sterbegelder im Auftrag der korrupten Leitung der Deutschen Arbeitsfront geschehen ist.

"Edelste Demokratie". (ITF) Diktaturen haben das Bedürfnis, sich demokratisch zu gebärden. Auch die neue, von der christlichen Diktatur am 1. Mai 1934 verkündete österreichische Verfassung ist, wie ihr "Schöpfer," der Bundesminister Dr. Ender in seiner Einleitung auseinandersetzt, "edelste Demokratie". Der "neue Staat" ist "ständisch geordnet", und den Berufsständen ist ausdrücklich Selbstverwaltung zugesichert worden. Es soll später einmal 6 Berufsstände geben, aber was so ein Berufsstand eigentlich ist, weiss niemand in Österreich. Doch Vertreter dieser nebelhaften Berufsstände sollen schon heute den Bundeswirtschaftsrat bilden und in die Landtage und Gemeindevertretungen entsandt werden. Diese Körperschaften haben zwar nichts zu sagen, sie dürfen nur die Regierung der "edelsten Demokratie" beraten und die Berufsstände sollen auch nur "Vaterlandstreue" in die Vertretungen entsenden. Doch selbst das schien riskant, die Übergangsbestimmungen, die schleunigst erlassen wurden, heben vorsichtshalber das Delegationsrecht der Berufsstände auf und bestimmen, dass alle Vertreter von den Behörden ernannt werden. Das ist nun einfach Diktatur der faschistischen Verwaltungsbürokratie, aber der Staatssekretär für Arbeiterfragen hat beruhigend im Rundfunk erklärt: "Die berufsständische Ordnung hat nichts mit einer Diktatur oder dem totalen Staat zu tun, wie dies viele Kreise der Arbeitnehmerschaft fürchten. Die berufsständische Ordnung soll vielmehr allen arbeitenden Schichten des Volkes die volle Gleichberechtigung bringen".

Inzwischen sind die Mitglieder des Bundeswirtschaftsrats, des Staatsrats und des Bundeskulturrats, die am 1. November ihre "Funktion" aufgenommen haben, ernannt worden, und man kann überprüfen, wie diese "volle Gleichberechtigung" aussieht. Die 3 Räte sind zwar völlig einflusslos, aber sie sind die Repräsentation der christlichen Diktatur. Die Diktatur wählte ihre Repräsentanten folgendermassen: im Bundeswirtschaftsrat sitzen unter 29 Vertretern der Land- und Forstwirtschaft nur 4 gelbe Land- und Forstarbeiter. Die Landarbeiter im Burgenland werden durch einen Gutsverwalter, die von Tirol durch einen Oberregierungsrat "vertreten". Unter den 19 Vertretern von Industrie und Bergbau sind 2 gelbe Arbeiter und ein Angestellter, aber 7 Industrielle. Die Angestellten im Geld-, Kredit- und Versicherungswesen werden durch einen Verbandsanwalt und einen Generaldirektor "vertreten", die Arbeiter und Angestellten im Gesundheitswesen und in den anderen "freien Berufen" durch den Chefredakteur der Handwerkerzeitung und einen Universitätsprofessor. In der Sektion Handel und Verkehr stehen 4 gelben Arbeitern 5 "Selbständige" (unter ihnen der saubere Herr Strafella) gegenüber. Als Vertreter der pensionierten Eisenbahner und Postler fungiert ein Generalmajor der Reserve. Unter den 80 "Wirtschaftsräten" ist keine einzige Frau. Im Bundeskulturrat sitzt kein einziger Arbeiter. Arbeiter haben nach Meinung der Faschisten keine Kultur. "Eltern und Erziehungswesen"

3.) werden durch einen Professor, einen Major und einen Oberfinanzrat vertreten, die Millionen Arbeitereltern sind ausgeschaltet. Und in der Krönung des ganzen, im Staatsrat der 50 Auserwählten, sitzt ein einziger "Arbeitervertreter" (der christliche Gewerkschafter Kunschak) kein Arbeiter und keine Frau. Ein würdiges Spiegelbild der "vollen Gleichberechtigung aller arbeitenden Schichten des Volkes" in der "edelsten Demokratie" des ständisch geordneten christlichen Bundesstaates Österreich!

Feine Leute. (ITF) Die Vaterländische Front, auf die sich die
===== österreichische Diktatur stützt, hat eine
"Berufsorganisation Verkehr in der Vaterländischen Front" gegründet, deren Leiter der Handelsminister Stockinger ist. Zum stellvertretenden Leiter wurde der ehemalige Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen Strafella ernannt. Die beiden ehrenwerten Herren sind typische Erscheinungen der christlichen Diktatur.

Stockinger ist Teilhaber der Firma seines Schwiegervaters, der Firma Gabler, der er möglichst viele Geschäfte zuschiebt. Die österreichische Zuckerproduktion zum Beispiel deckt den Bedarf nicht ganz; ein gewisser Zusatzbedarf muss am Ende jedes Zuckerwirtschaftsjahres importiert werden. Die Einfuhr dieses Zuckerquantums ist ein gutes Geschäft, denn der zum niedrigen Weltmarktpreis gekaufte Zucker wird zu den hohen österreichischen Preisen verkauft. 1933 verdiente das Konsortium, das die Einfuhrbewilligung erhielt, mit einem Schlage 800 000 Schilling -- es stand unter Leitung der Firma des Grosshändlers Stockinger, die den grössten Teil des Gewinnes einstrich. Auch in diesem Jahre hat Minister Stockinger dem von der Firma des Grosshändlers Stockinger geführten Konsortium die Einfuhrbewilligung erteilt. Das ist nicht das einzige Geschäft des "Reichsführers der Berufsorganisation Verkehr".

Zu diesem sauberen Minister der christlichen Diktatur passt der Herr Strafella ausgezeichnet. Er wurde Ende 1930 zum Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen ernannt und schikanierte die Eisenbahner nach Kräften. Doch seine Herrlichkeit dauerte nicht lange. Schon im Mai 1931 wurde ihm vom Gericht in zwei Instanzen bescheinigt, dass seine Geschäftsführung "unkorrekt und unsauber" gewesen sei, und selbst die ihm vertraglich zugesicherte Pension wurde auf Parlamentsbeschluss gestrichen.

Die rechten Männer sind am rechten Ort.

Faschistische "Arbeitsbeschaffung". (ITF) Der italienische Faschismus hat den Erwerbslosen
===== Arbeit versprochen, doch nach 12 Jahren muss er zugeben, dass er den Erwerbslosen keine Arbeit beschaffen kann. Durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich soll die vorhandene Arbeit auf einen grösseren Kreis Arbeiter verteilt werden. Der faschistische Industriellenverband hat in einem zunächst bis zum 31. März 1935 befristeten Abkommen mit dem faschistischen Industriearbeiterverband festgelegt, dass in der italienischen Industrie nicht länger als 40 Stunden wöchentlich gearbeitet werden soll. Ein grosser Teil der 700 000 italienischen Industriearbeiter arbeitet seit langem verkürzt, in einigen Industriezweigen wird jedoch 12 Stunden täglich gearbeitet. Der Abgeordnete Capoferri, der Sekretär des faschistischen Industriearbeiterverbandes hat bereits erklärt, dass nach wie vor "in bestimmten Industriezweigen" in 12-Stundenschicht gearbeitet werden soll. Es werden deshalb durch diese Massnahme nur wenige Erwerbslose Arbeit erhalten. Und da ausdrücklich jeder Lohnausgleich verboten ist, wird zwar "die Verminderung der Arbeitsstunden dem einzelnen Arbeiter ein bedeutendes Wirtschaftliches Opfer auferlegen" (Lavoro fascista, Organ der Korporationen), aber die Kaufkraft der gesamten Arbeiterschaft wird nicht erhöht, sondern im Gegenteil verringert. Denn mit der Einführung der 40-Stunden-Woche wurde gleichzeitig ein Lohnabbau von 1 - 5% verbunden.

Allen Industriearbeitern, die weniger als 40 Stunden arbeiten, wird 1%, allen die über 40 Stunden arbeiten, 5% vom Lohn abgezogen. Dieser Abzug, der auch den oft schon jahrelang verkürzt Arbeitenden abgepresst wird, wird an eine "Ausgleichskasse für kinderreiche Familien" abgeführt. Die von den Faschisten versprochenen Kinderzuschläge müssen also von den Arbeitern selbst bezahlt werden.

Der "Corriere della Sera", das Sprachrohr der lombardischen Grossindustrie lobt begreiflicherweise "die faschistische Prägung" dieses Übereinkommens. Die für die Arbeiter bestimmte Zeitung der Korporationen "Il Lavoro Fascista", schweigt vielsagend. Denn dieses

4.) "Abkommen" begnügt sich nicht mit dem neuen Lohnabbau, es schafft die Voraussetzung für den Herauswurf von Frauen und Jugend aus den Betrieben. "Die nationalen Verbände werden die Situation der weiblichen und jugendlichen Arbeitskraft untersuchen, um die weibliche Arbeitskraft durch männliche und die jugendliche durch Erwachsene zu ersetzen, wo es notwendig und möglich erscheint" (Par 5). Nach dem Vorbild des deutschen Nationalsozialismus sollen auch in Italien die Jungarbeiter und die auf Erwerb angewiesenen Frauen brotlos gemacht werden. Mussolini hat am 10. November den Anbruch des faschistischen Reiches der "sozialen Gerechtigkeit" feiern lassen. Das Abkommen gibt eine Probe von dem, was Faschisten unter sozialer Gerechtigkeit verstehen.

Dem Zellenobmann platzt der Kragen.... (ITF) Die Tageszeitung 7
===== der Deutschen Arbeitsfront, "Der Deutsche", schildert (am 1. November) anschaulich, wie heute "nach Überwindung des Klassenkampfes" und unter Leitung der "vom nationalsozialistischen Geist durchbluteten" Arbeitsfront typische Betriebsversammlungen aussahen: "...eine Betriebsversammlung, in der vom Betriebsführer (Unternehmer) nichts zu sehen ist... die wenigen (!) Parteigenossen aus dem Kreise der Gefolgschaft (Belegschaft) sind "dienstlich" verhindert, und nun steht der Zellenobmann auf und verliest 2 Mitteilungsblätter, 9 Verfügungen, 4 Rundschreiben, dann kommt der Betriebswart an die Reihe mit Kartenabsatz für (den Vergnügungsverein) Kraft durch Freude, er verliest die Veranstaltungen der kommenden Woche -- es sind viele --, er liest darum auch sehr schnell, denn nachher kommen noch Bekanntmachungen der Kassenverwaltung.

Ein alter Arbeitskamerad hebt die Hand: 'Ich wollte mich mal erkundigen, der Vertrauensrat wollte doch vorstellig werden von wegen dem Zug und dem schlechten Licht im Packraum'. "Ja, der Betriebsführer ist nicht da, er hat gesagt, er will da Abhilfe schaffen". 'Der hat schon viel gesagt--!. Allgemeines Lachen.

'Hier, ich wollte mal fragen, ist im Dezember wirklich die Wolle alle und wird die Seife gestreckt?' Der Zellenobmann stutzt und nun sagt er: 'Solche Fragen gehören hier nicht her, natürlich (!) ist das Blödsinn von marxistischen Hetzern, und wenn wir die kriegen, ich kenne hier in der Bude noch so ein paar, die fliegen raus; so, und nun sind wir heute zu Ende. Ich schliesse die Versammlung mit unsern.....'.

Die Betriebsgemeinschaft (Belegschaft) läuft auseinander, eilig, missgelaunt. 1 1/2 Stunden hat es gedauert. Warum, was war eigentlich los? Was war das für eine Verordnung? Veranstaltungen dürfen nur nach vorheriger Anmeldung auf dem Kreis gemacht werden? Was geht mich das an? Wie war das mit den alten Beitragsmarken? Das muss doch mein Blockwart wissen! Aber hasten gemerkt, bei der Wolle ist ihm der Kragen geplatzt, und der Olle war auch nicht da, der hat für unser eins keine Zeit! Was? Angst hat er...". "Da ist er wieder, der alte Klassenkampf" trauert die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront.

Ja, da ist er wieder.

Klassenkampf! Doch nur von oben. (ITF) Seit mit dem 1. Oktober auch 7
===== "die letzten gewerkschaftlichen Reste" aus der Arbeitsfront ausgemerzt wurden, herrscht, wie der "Völkische Beobachter" bestätigt, in der Arbeiterschaft grosse Erregung darüber, dass "während für den Arbeiter, Angestellten und Gesellen nur die Betriebsgemeinschaft (der Deutschen Arbeitsfront) zuständig" ist, die nichts zu sagen hat, "für die Unternehmer zwei Organisationen bestehen, nämlich die Verbände der gewerblichen Wirtschaft und die Betriebsgemeinschaften der Arbeitsfront". Den Arbeitern war bei der Auflösung der Gewerkschaften von den Nationalsozialisten versprochen worden, dass auch die Unternehmerverbände aufgelöst würden, und die Empörung über den Bruch des Versprechens ist allgemein. Die Nationalsozialisten versuchen diese Entrechtung der Arbeiter zu verteidigen: "Jeder Unternehmer hat zwei Interessensphären. Die eine betrifft die Gestaltung seines Unternehmens in betrieblicher Hinsicht..., die andere Interessensphäre bezieht sich auf die Gestaltung des Verhältnisses zu seinen (!) Werksleuten. In der ersten Sphäre ist er nur sich selbst verantwortlich, mit Ausnahme der Bindung, die ihm der Staat, das heisst in diesem Fall die Wirtschaftsführung (die Unternehmerverbände! Redaktion), auferlegt. Hier kann er seine Privatinitiative zur vollen Entfaltung bringen, hier schliesst er sich mit Unternehmern gleicher Interessen in Verbänden zusammen (was dem Arbeiter verboten ist. Redaktion). In der andern Sphäre jedoch wird er sich in

5.) einem nationalsozialistischen Staat von vornherein mit seinen Werksgleuten an einen Tisch setzen müssen. In der anderen Interessensphäre darf es keine Interessentenverbände geben, denn sonst stünde die praktische Überwindung des Klassenkampfes nur auf dem Papier" (Völkischer Beobachter vom 7. November 1934). "Die Überwindung des Klassenkampfes" sieht im Dritten Reich so aus, dass die Arbeiter von der Gestaltung der wirtschaftlichen Vorgänge, die auch ihre Arbeitsbedingungen entscheidend beeinflussen, völlig ausgeschaltet werden: die Unternehmer behalten in der Wirtschaftsführung ihre durch Zwangsmitgliedschaft gestärkten Verbände. Der Klassenkampf der Unternehmer gegen die Arbeiter wird mit Hilfe des Staates fortgeführt, nur der Abwehrkampf der Arbeiterschaft ist "praktisch überwunden".

"Ehrlich" verteilt. (ITF) "Wenn wir als Nation keinen Überfluss
===== haben, so wollen wir das, was wir besitzen, ehrlich so verteilen, dass jeder wenigstens etwas hat", versprach der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels (am 9. Oktober 1934). Und deshalb sollen "jeden Monat einmal (!) alle, Führer, Minister, ... Grossindustrielle und Bergarbeiter, Handelskönige und Angestellte, mit den Ärmsten des Volkes ein Essen essen, um dabei zu lernen, wie gering und nichtig der Wert des Magendienstes dem Wert des Dienstes an der Nation gegenüber ist". Aber nur der Arbeiterschaft wurde klar gemacht, "wie gering der Magendienst" nach Meinung der Nationalsozialisten zu werten ist. Beim grössten deutschen Trust, dem mit Rüstungsaufträgen überhäuftem Chemie-Trust IG-Farben, ist die durchschnittliche Lohnsumme des einzelnen Beschäftigten im ersten Jahre der nationalsozialistischen Diktatur um 12% gesenkt worden. Gleichzeitig aber ist das im Geschäftsbericht zugegebene durchschnittliche Gehalt jedes der Direktoren um 21% gestiegen. Die IG-Farben bilden keine Ausnahme. Fast alle an der Aufrüstung Deutschlands arbeitenden grossen Werke haben, während die Löhne sanken, die hohen Bezüge der Direktoren noch weiter erhöht, die Gosfuereel-Loewe um 19%, die Daimler-Benz-Werke um 28%, die Auto-Union gar um 40%.

Der Allianz-Versicherungskonzern war den andern Gesellschaften mit gutem Beispiel vorangegangen; er hatte das durchschnittliche Gehalt jedes Mitglieds des Direktoriums um 16% erhöht. Der Generaldirektor des Allianzkonzerns, Dr. Schmitt, der diese Erhöhung der Direktorengehälter mit durchsetzte, ist wegen seiner nationalsozialistischen Verdienste Reichswirtschaftsminister geworden. Die Direktoren der anderen Gesellschaften, die sich ihre Gehälter noch stärker erhöhten, wollten sicher den Minister im echten Nationalsozialismus übertreffen. Und so haben sie gleichzeitig ihre eigenen Gehälter erhöht und die Hungerlöhne der Arbeiter noch weiter gesenkt, also "ehrlich" alles so verteilt, wie es der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft entspricht.

Wirklich völlig anders. (ITF) "Die Beitragsregelung in der Deutschen Arbeitsfront stellt etwas
===== völlig anderes dar, als die Gewerkschaften mit der Erhebung der Beiträge im Sinne gehabt haben. Wer seinen Beitrag zur Deutschen Arbeitsfront leistet, der stärkt damit den Kampfschatz der Bewegung, und so fassen wir die Beitragsleistung als eine Sammlung von Betriebskapital zur Durchführung nationalsozialistischer Gemeinschaftsideen auf". Dr. Ley, der das (am 30. Oktober 1934) den Vertretern der nationalsozialistischen Presse mitteilte, brauchte nicht extra zu erwähnen, dass "der Kampfschatz der Bewegung" der Besoldung der Riesenarmee der braunen Bonzen dient; das weiss in Deutschland jeder. Aber dass die "nationalsozialistischen Gemeinschaftsideen" durch den Bau von Bonzenpalästen verwirklicht werden sollen, war eine kleine Überraschung. Die Gewerkschaftshäuser sind den braunen Bonzen nicht vornehm genug! "Die Anlage von Gewerkschaftshäusern meist in den engsten und ältesten Stadtteilen (den Arbeitervierteln!) war sozusagen der Ausdruck eines Primitivitätskults, mit dem sich die proletarischen Führer von einst so gern brüsteten. Wir stellen dem etwas völlig anderes entgegen. Unsere Gemeinschaftshäuser, die in den nächsten Jahren gebaut werden sollen, werden immer in den schönsten Gegenden und in den schönsten Stadtteilen liegen" -- damit ja kein Arbeiter die Ruhe der braunen Bonzen stört! Zur "Verwirklichung nationalsozialistischer Ideen" sind bereits die Riesen-Bonzenbauten in München in Angriff genommen worden. Diese Bonzenbauten sind mit 18 Luftschutzkellern versehen worden, deren Decke aus fünffach gegossenem Beton in 2 1/2 m Dicke besteht. Über 1000 braune Bonzen können sich in diesen Kellern verkriechen, wenn

6.) es einmal nottun sollte. Unterirdische Gänge in 9 1/2 m Tiefe sollen den tapferen Führern die Flucht ermöglichen, wenn einst die Arbeiterschaft mit ihnen abrechnen will.

Dr. Ley hat schon recht; dafür werden keine Gewerkschaftsbeiträge verwandt; die Beiträge zur Arbeitsfront sind etwas völlig anderes als Gewerkschaftsbeiträge.

Die Werktarife. (ITF) Die Nationalsozialisten haben den Kollektiv-
===== vertrag zerstört und den Einzelarbeitsvertrag wieder zur Grundlage der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gemacht. Nur für eine Übergangszeit soll die vom Treuhänder der Arbeit für einen Berufszweig festgesetzte Tarifordnung noch Mindestbestandteil jedes Einzelarbeitsvertrages sein. Als Ziel war durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit verkündet worden, dass der vom einzelnen Unternehmer diktierte Werkтарif (Betriebsordnung) Grundlage der Einzelarbeitsverträge sein solle.

Gegen diese endgültige Zerschlagung des Kollektivvertrags erhob sich ein starker Widerstand. Gliederungen der Deutschen Arbeitsfront veröffentlichten unter dem Druck der Stimmung in den Betrieben Musterbetriebsordnungen, um durch Normalisierung der Betriebsordnungen eine Zerschlagung der Tarife zu verhindern, und einzelne Treuhänder veröffentlichten Richtlinien, an die sich die Unternehmer halten sollten. Das Reichsarbeitsministerium jedoch schritt gegen die Musterbetriebsordnungen der Arbeitsfront energisch ein und verweigerte die Aufnahme der Richtlinien der Treuhänder im Reichsarbeitsblatt; nur durch die Aufnahme im Reichsarbeitsblatt erhalten Verkündigungen der Treuhänder Gesetzeskraft, die Richtlinien blieben deshalb belanglose Stilübungen.

Ein neues Hindernis stellte sich ein. Viele Unternehmer fürchteten nach der Zerschlagung der Kollektivverträge eine Verschiebung der Konkurrenzverhältnisse und zögerten deshalb mit dem Erlass der Betriebsordnungen. Der Schlusstermin der Verkündung musste vom 1. Juli auf den 1. Oktober verschoben werden, aber noch Mitte November hatte ein grosser Teil der Unternehmer keine Betriebsordnung erlassen.

Die meisten Betriebsordnungen beschränken sich auf mit nationalsozialistischen Phrasen durchsetzte Wiederholungen der Bestimmungen der bisherigen Arbeitsordnung. Allerdings ist Unternehmern ihr Herr-im-Hause-Recht dezentig zu Kopf gestiegen, dass der "Völkische Beobachter" mahnen musste: aus der "Würde eines deutschen Volksgenossen folgt, dass der Arbeiter nicht wie ein unmündiges Kind behandelt werden darf oder wie ein Mann, der von vornherein ohne besondere Beaufsichtigung und strenge Strafvorschriften geneigt ist, böswillig zu handeln. Dementsprechend müssen die Betriebsordnungen abgefasst sein" (4. November 1934). Die Mahnung des Völkischen Beobachters ist nur zu gerechtfertigt. Grosse Werke verkünden in der Betriebsordnung die "soziale Ehre" des Arbeiters, aber führen gleichzeitig wieder die Leibesvisitation ein.

Manche Betriebsordnungen bauen sich auf der "Betriebs Ehre" auf, andere verzichten auf diese Ehre. Fast allen gemeinsam ist, dass sie scharfe Strafandrohung für "böswillige Verhetzung der Betriebsgemeinschaft" vorsehen. Durchweg wird für den Versuch gemeinsamer betrieblicher Interessenvertretung (böswillige Verhetzung!) fristlose Entlassung vorgesehen, der Kündigungsschutz damit illusorisch gemacht. Bei den Staatsbetrieben genügt schon "nationale Unzuverlässigkeit, bewiesen durch böswillige Handlungen oder Äusserungen (!) gegen Volk und Staat" (Hannoversch-Braunschweigische Stromversorgungs A.-G.; Par. 9,2). Eine Reihe Betriebsordnungen enthalten ausdrücklich Bestimmungen gegen Einmischungsversuche von betriebsfremden Stellen -- der Deutschen Arbeitsfront! Wieder andere Betriebe sichern sich die Möglichkeit, unfähige Nationalsozialisten, die sie unter behördlichem Druck eingestellt haben, fristlos zu entlassen "bei Ausschluss durch das Parteigericht aus der NSDAP, bei Ausschluss durch die zuständige Dienststelle aus der SA, SS, NSBO oder der Deutschen Arbeitsfront" (Deutsche Grammophon A.-G., Par. 10). Beachtung der Vorschriften über Luftschutz wird in vielen Betriebsordnungen vorgeschrieben, bei den Continental-Gummiwerken Hannover sogar einem besonderen Luftschutzbeauftragten Sonderbefehlsgewalt erteilt. Lohn- und Gehaltsregelungen wurden bisher nur im Ausnahmefall in die Betriebsordnung aufgenommen. Meist wird die noch geltende Tarifordnung des Treuhänders übernommen oder auf sie verwiesen. Am 24. Oktober aber hat der Reichsarbeitsminister angeordnet, dass die Treuhänder "einzelne Betriebe aus dem Geltungsbereich der alten Tarifregelungen ausnehmen" dürfen. Diese Betriebe können dann auch die Löhne durch Werkтарife ordnen, ohne auf die Tarifordnung des Treuhänders Rücksicht zunehmen. Sie sind, wie der Erlass des Reichsarbeitsministers feststellt; damit "von den Fesseln einer veralteten Tarifregelung befreit" und haben freie Hand zum Lohnabbau.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.Kleinbahner im faschistischen Paradies. Ein Brief aus Italien.

=====
 (ITF) Der Internationalen
 Transportarbeiter-Föderation wird aus Italien geschrieben: "Die
 neueste Errungenschaft des faschistischen Verbandes der Kleinbahnen hat
 uns in eine furchterliche Lage gebracht: Die Arbeitgeber wurden er-
 mächtigt, nach Gutdünken Personal gleich welcher Kategorie und ohne
 Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung unter dem Vorwand des Ver-
 kehrsrückgangs zu entlassen.

Das feste Anstellungsverhältnis, das mit so viel Kampf und Opfern
 durchgesetzt wurde, ist wieder vollständig beseitigt worden. Die
 Unternehmer entlassen mit einer Entschädigung von ein paar Tausend
 Lire (1000 Lire = 230 schweiz. Fr., 130.-- hfl.) Kollegen, die oft
 15 oder 20 Dienstjahre haben. Die Entlassenen werden dann vom selben
 Betrieb wieder als "Stationsvorsteher" eingestellt, mit einem Gehalt
 von 300 Lire (= 69 schweiz. Fr., 39.-- hfl.) monatlich und einer Ge-
 winnbeteiligung, die jedoch höchstens 100 Lire monatlich betragen
 darf. Die Unglücklichen müssen alle vorkommenden Arbeiten auf der
 Station verrichten, die Buchhaltung führen und vom ersten bis zum
 letzten Zug anwesend sein. Sie haben keine Ruhetage; und wenn sie
 krank werden, stellt das Unternehmen zwar einen Stellvertreter, aber
 zahlt keinen Lohn.

Unsere Löhne, die schon 1920 sehr niedrig waren, wurden bis heute
 um 31,5% herabgesetzt. Befördert wird nur, wer von den Faschisten
 kriecht. Unsere Gruppe aber bleibt trotz aller Widerstände -- wenn
 auch mit grosser Anstrengung -- festgeschlossen zusammen.

Eine Gruppe Kleinbahner"

Nicht leben und nicht sterben. (ITF) "Im Hamburger Hafen haben die
 =====
 ständig (!) beschäftigten

Hafenarbeiter in den letzten Wochen oft nur 12 RM mit nach Hause
 bringen können, einen Lohn, von dem sie nicht leben und nicht sterben
 können." Der Reichsstatthalter Kaufmann hat diese Feststellung in
 einer Kundgebung der Hamburger Arbeitsfront (am 16. Oktober) gemacht
 und hat (nach dem Bericht des "Hamburger Fremdenblatt" vom 17. Okt.)
 ergänzt, dass "Kaiarbeiter auf meine Frage nach ihrer Miete geantwor-
 tet haben, dass sie (monatlich) 30-40 RM für ihre Wohnung zahlen
 müssen". Den Hafendarbeitern, die wöchentlich 8 RM Miete zu zahlen
 haben, bleiben also für sich und ihre Familie 4 RM in der Woche zum
 Leben. Das ist zum Sterben zu viel, aber zum Leben zu wenig.

Famose Treuhänder. (ITF) Das von der christlichen Diktatur beschlag-
 =====
 nahmte Vermögen der freigewerkschaftlichen
 Organisation der österreichischen Eisenbahner wird durch das "Eisen-
 bahnregiment" der Heimwehren verwaltet. Das "Heimwehrregiment" ent-
 faltet keinerlei auch nur gewerkschaftsähnliche Tätigkeit, es "ver-
 waltet" nur. Für Verwaltungsspesen werden monatlich 12 000 Schilling
 verbraucht, also täglich 400 Schilling, eine Summe, mit der ein Streck-
 kenarbeiter 2 volle Monate leben muss. Zum grossen Bedauern dieser
 famosen Treuhänder ist jedoch ein grosser Teil des Vermögens der frei-
 gewerkschaftlichen Eisenbahner im Ausland sichergestellt worden für
 den Wiederaufbau der freigewerkschaftlichen Organisation der österrei-
 chischen Eisenbahner. Das "Eisenbahnregiment" ist darüber empört, es
 hätte zu gern das ganze Verbandsvermögen "treuhändig verwaltet".

Chauffeur und Herrenfahrer. (ITF) Das rote Wien hatte eine hohe Steuer
 =====
 auf Luxusautos gelegt, aber zur Erleich-
 terung des Verdienstes der Berufskraftfahrer die Taxameter vollständig
 steuerfrei gelassen, genau so wie die Motorräder der Arbeiter und die
 Lastkraftwagen der Industrie. Die christliche Diktatur hat die Luxus-
 autos von der früheren hohen Steuer befreit, aber Taxameter, Motorräder
 und Lastkraftwagen durch Erhöhung der Benzinsteuer um über 50% des
 Grosshandelspreises mit einer neuen indirekten Steuer belegt.

"Christliche" Rache an einer Frau. (ITF) Die tapfere Frau eines Eisen-
 =====
 bahnners im österreichischen Verkehrs-
 knotenpunkt St. Pölten stand unter Anklage der Teilnahme am Februar-
 kampf des sozialistischen Schutzbundes vor Gericht. Sie musste freige-
 sprochen werden. Die Heimwehrterroristen bedrohten die Frau und ver-
 langten von der Verwaltung der Bundesbahnen die Entlassung ihres Mannes.
 Unter dem Vorwand, dass er seiner Frau einmal vom Zuge aus zugewinkt
 habe, wurde der Eisenbahner jetzt entlassen. Die Heimwehr hat sich an
 einer wehrlosen Frau gerächt.